

OFEK e.V., Postfach 58 03 16, 10413 Berlin

PRESSEMITTEILUNG

OFEK unterstützt Betroffenen bei AGG-Klage: Nach hebräischer Aussprache des Wortes „Hummus“ aus Restaurant verwiesen

Berlin (04.08.2026) – Nach einer mutmaßlich antisemitisch motivierten Bedienstungsverweigerung erhebt der Betroffene vor dem Amtsgericht Mitte Klage nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Er macht geltend, aufgrund seiner Aussprache des Wortes »Hummus« als israelischer Jude erkannt und deshalb aus einem Berliner Restaurant verwiesen worden zu sein. OFEK e.V., die Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung, beriet den Betroffenen nach dem Vorfall, unterstützte ihn bei der außergerichtlichen Geltendmachung seiner Ansprüche und begleitet nun das gerichtliche Verfahren.

Der Vorfall ereignete sich Mitte Februar in einem Restaurant im Stadtteil Prenzlauer Berg. Nach Darstellung des Klägers habe ein Mitarbeiter auf die hebräische Aussprache des Wortes »Chummus« durch den Kläger ablehnend reagiert und erklärt: »»Chummus« ist ein israelisches Wort, wir sind hier in einem palästinensischen Ort, wir sagen »Hummos.« Durch Gestik und Mimik habe der Mitarbeiter seine Ablehnung zusätzlich zum Ausdruck gebracht. Der Kläger trägt weiter vor, er habe erklärt, aus Israel zu stammen, und gefragt, ob der Mitarbeiter ihn deshalb nicht bedienen wolle. Dieser habe mit den Worten »Dann bitte nicht!« auf die Tür gezeigt und auf ein anderes Café verwiesen. In dem darauffolgenden Wortwechsel machte der Mitarbeiter deutlich, dass er dem Kläger eine bestimmte politische Haltung aufgrund seiner Herkunft zuschrieb.

Nach Auffassung des Klägers und von OFEK stellt der geschilderte Sachverhalt eine Benachteiligung wegen der ethnischen Herkunft im Sinne des AGG dar und ist zugleich Ausdruck antisemitischer Diskriminierung. Mit der Klage macht der Kläger Entschädigungsansprüche nach dem AGG geltend, welches unter anderem vor Diskriminierungen beim Zugang zu öffentlich angebotenen Dienstleistungen schützt. Zunächst unternahm er mit Unterstützung von OFEK außergerichtliche

INSTA [ofek_beratung](#)
FACEBOOK [ofekberatung](#)
BLUESKY [ofek-beratung.de](#)
LINKEDIN [ofek-e-v](#)
YOUTUBE [ofek_beratung](#)

OFEK e.V. – Beratungsstelle bei
antisemitischer Gewalt und Diskriminierung
Postfach 580316 / 10413 Berlin
TELEFON +49 (0) 176 46 29 46 08
MAIL presse@ofek-beratung.de
WEB www.ofek-beratung.de

Schritte, doch sowohl seine Diskriminierungsbeschwerde als auch ein anwaltliches Aufforderungsschreiben blieben unbeantwortet. Eine Auseinandersetzung mit den Vorwürfen oder gar eine Entschuldigung werden offenbar verweigert.

Der Kläger erklärt: »Meine Freundin und ich wollten einfach nur Hummus essen. Es war eine zutiefst demütigende Erfahrung wegen meines hebräischen Akzents und meiner Herkunft aus einem Restaurant verwiesen zu werden. Ich glaube, dass Essen Menschen zusammenbringen und Brücken zwischen ihnen bauen sollte, deshalb hat es mich besonders verletzt.«

Der Fall steht exemplarisch für zahlreiche Diskriminierungsfälle, die OFEK seit dem 7. Oktober 2023 begleitet. Er verdeutlicht die zunehmende soziale Isolation und den gesellschaftlichen Ausschluss, von denen viele israelische und jüdische Menschen in Deutschland seitdem betroffen sind.

Die Geschäftsführerin von OFEK e.V., Marina Chernivsky, erklärt:
»Antisemitismus schränkt die gleichberechtigte Teilhabe jüdischer Menschen am gesellschaftlichen Leben ein – durch offene Anfeindungen ebenso wie durch subtile Formen der Diskriminierung. Gerade weil die praktische Durchsetzung des Diskriminierungsschutzes für Betroffene weiterhin mit hohen Hürden verbunden ist, kommt Verfahren wie diesem besondere Bedeutung zu. OFEK unterstützt Ratsuchende dabei, ihre Rechte zu kennen und wirksam durchzusetzen.«

Kontakt für Presseanfragen: presse@ofek-beratung.de, 0176 46 29 46 08

OFEK e.V. wurde 2017 in Berlin gegründet und ist die erste Fachberatungsstelle in Deutschland, die auf professionelle und community-orientierte Beratung bei Antisemitismus spezialisiert ist. OFEK e.V. unterhält regionale Standorte in Berlin, Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Thüringen und ist Trägerverein von zwei Meldestellen für antisemitische Vorfälle: RIAS Sachsen und RIAS Sachsen-Anhalt. OFEK e.V. berät und begleitet Betroffene, ihre Angehörigen sowie Zeug:innen antisemitischer Straftaten und Vorfälle und bietet auch Institutionen je nach Bedarf Institutionelle Fachberatung an.